

Quelle: Zeitung „Den“ vom 16.06.2015

<http://www.day.kiev.ua/uk/article/svitovi-dyskusiyi/nam-treba-posylyty-informaciynu-prysutnist-ukrayiny>

## **„Wir sollen die Informationsanwesenheit der Ukraine verstärken“**

Hanna Hopko über die österreichische Politik und Ergebnisse für Kiew aus dem Europa-Forum Wachau.

An diesem Wochenende fand in Österreich das Europa-Forum Wachau unter dem Titel: „Stößt Europa an seine Grenzen? Zur Rolle Europas in der Welt“ statt. Seine Teilnehmer diskutierten über folgende Themen: Die EU als security provider, Europas neue Form der regionalen Zusammenarbeit sowie die EU und ihre Nachbarstaaten. Die Vorsitzende des Parlamentsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Hanna Hopko, die an diesem Forum teilnahm, teilte ihre Eindrücke über dieses europäische Forum mit der Zeitung „Den“ und erzählte, wann das österreichische Parlament das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ratifizieren wird.

Österreich bewegt sich im Fahrwasser der Europäischen Union, insbesondere betreffend die Sanktionen. Ohne Enthusiasmus, aber diszipliniert. Zugleich ist das Thema der wirtschaftlichen Schäden für Österreich durch die Sanktionen sehr aktuell. Deswegen wartet man in Wien, wahrscheinlich wie nirgendwo mehr in der EU, auf eine möglichst baldige friedliche Beilegung. Diese Frage wird auf allen Ebenen lebhaft diskutiert.

Insbesondere war die Ukraine das Thema des 20. Europa-Forums Wachau, welches unter der Schirmherrschaft von Landeshauptmann von Niederösterreich Dr. Erwin Pröll und von Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres Sebastian Kurz stattfand. Beim Treffen hörte man öfters, dass es keinen Frieden und Erfolg in Europa ohne eine Zusammenarbeit mit Russland geben wird. Darauf reagierte gelungen die Ministerin für Verteidigung von Georgien Tinatin Khidasheli und damit verursachte einen stürmischen Beifall im Saal, indem sie sagte, dass man unbedingt hinzufügen muss – ohne ein demokratisches Russland.

Deshalb sollen wir die Informationsanwesenheit der Ukraine verstärken, uns in die verschiedenen politischen Prozesse durch die Teilnahme an Veranstaltungen wie zum Beispiel Forum Wachau integrieren, mehr Kulturveranstaltungen durchführen, über die modernisierte und neueste ukrainische Nation erzählen sowie über den Verlauf der Reformen in der Ukraine informieren. Wir sollen die Fortschritte zeigen und russische Geschichten (Erzählungen) über die Ukraine als „failed state“ zerstören.

Wichtig ist jetzt unser Einsatz in die Ausarbeitung der Medienstrategie der EU betreffend die Gegenwirkung gegen die russische Propaganda. Frau Mogherini soll am Donnerstag den entsprechenden Aktionsplan vorlegen. Derzeit findet in Wien die

Journalistenkonferenz in der OSZE statt. Parallel werden die Wege des Auswegs aus dem Krieg im Format der Münchner Sicherheitskonferenz besprochen. Kurzum ist Wien, wie man trendig sagt, ein europäisches „hub“. Die Ukraine soll hier schallen (klingen)“.

- **Was denkt man in Österreich dazu: Wie kann man Russland zwingen, zu den internationalen Normen zurückzukehren, in der Ukraine zurückzutreten und die Krim zurückzugeben?**

Wichtig ist, dass man schon niemanden in Österreich überzeugen muss, dass russische Truppen auf dem Territorium der Ukraine die Soldaten und Zivilisten töten und dass Russland die Minsker Vereinbarungen nicht erfüllt. Das Problem besteht im Anderen: Durch die russische Propaganda wird aktiv die These eingetrichtert, dass alle in diesem Krieg unrecht haben, dass sich die Ukraine als Staat nicht realisierte, dass Russland "provokiert wurde" und so weiter. Das ist eine Taktik der Ablenkung, die leider manchmal funktioniert.

Was die Krim angeht, so stellt niemand in Frage die Rechtswidrigkeit der Annexion. In Frage steht die Wahrscheinlichkeit der Rückkehr der Halbinsel in die Jurisdiktion der Ukraine. Und hier ist, wie man sagt, ein großes Stück Arbeit.

Die große Frage ist: Wie kann man die Situation friedlich lösen und gibt es einen Plan B?

Die Vorschläge, dem österreichischen Weg der Neutralität zu folgen, hört man fast nicht mehr. Man hat verstanden, dass es in der Ukraine nicht akzeptiert wird. Zugleich rechnet Österreich sehr damit, eine Vermittlerrolle zu spielen. Wahrscheinlich ist das Auftreten des österreichischen Top-Diplomaten Martin Sajdik als Mitglied der Kontaktgruppe die Umsetzung dieses Strebens.

- **Warum verzögert das österreichische Parlament die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens und welche Entwicklung erlebt (hat) die Situation mit der Rückführung von gestohlenen Geldern?**

Mein Eindruck ist, dass dies eher ein Verfahrensmoment ist. Die Österreicher fühlen sich selbst unbehaglich, dass sie die „Schließenden“ in solch einer wichtigen Angelegenheit sind. Zugleich versichern alle, dass die Ratifizierung stattfinden wird und dass es eigentlich keine Einwände gibt. Am 30. Juni wird der zuständige Ausschuss tagen und am 6. und 7. Juli soll die Abstimmung im Bundesrat stattfinden. Dann kommen die Abstimmung im Bundesrat und die Unterschrift des Präsidenten – und das sind eher formale Fragen.

Im Allgemeinen gab mir dieser Besuch die Gelegenheit, mir ein klareres Bild zu machen, was sich auf der österreichischen Richtung geschieht und insbesondere im Parlament. Die Abgeordneten haben meistens das Mitgefühl mit der Ukraine. Es gibt eine Gruppe von Freunden unter der Leitung von Thomas Schellenbacher, mit dem ich ein Treffen hatte. Er machte auf mich den Eindruck eines aufrichtigen und aktiven Menschen.

Mit ihm und anderen haben wir über viele Dinge gesprochen: über die Ratifikation, Fortsetzung der Sanktionen, Minsker Vereinbarungen, Rückführung der gestohlenen Geldern vom Team von Janukowytsch etc.

Wie es zu erwarten war, wartet die österreichische Seite auf die Beweise von der Generalstaatsanwaltschaft zu solchen Personen wie Klujew und Asarow.

Der Botschafter Olexander Scherba sitzt nicht aus, sondern arbeitet intensiv und zwar an der Rückführung von gestohlenen Geldern. Er ist im Kontakt mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundeskriminalamt. Alle sagen einstimmig: wir warten auf die Begründung der gesetzwidrigen Handlungen dieser Personen von der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft, insbesondere auf die gesetzwidrige Aneignung von Staatsgeldern und derer illegale Überweisung ins Ausland. Ohne konkrete Beweise seitens der Ermittlungsbehörden der Ukraine wird keine Diplomatie die Situation retten.